

# Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Krefeld

**-öffentlich-**



**Vorlagennummer**

**3051/22 A**

Krefeld, 22.04.2022

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Beschlussform
Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie	02.06.2022	

## **Betreff**

**Situation Kita Körnerstraße – Einbringung eines Antrags der CDU-Fraktion**

## **Beschlussentwurf**

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie beschließt:

1. Die Verwaltung berichtet über die Situation der Kita Körnerstraße unter Bezugnahme auf den RP-Artikel vom 19. April 2022 („Eltern verzweifeln über Notbetreuung“: <http://rp-epaper.s4p-iapps.com/artikel/1101941/22143149> ).
2. Die Situation an der Kita Körnerstraße seit Dezember 2021 wird entsprechend dem § 3 Abs. 1 Satz 6 Elternbeitragssatzung als Ausnahmetatbestand angesehen. Die Verwaltung wird demgemäß beauftragt, die Erstattung von Beiträgen zu prüfen und bei positivem Ergebnis einzuleiten; bei negativem Ergebnis wird dem JHA berichtet.

## **Begründung**

Im RP-Artikel „Eltern verzweifeln über Notbetreuung“ vom 19. April 2022 berichtet der Elternbeirat der städtischen Kita Körnerstraße über massive Missstände bei der Kindertagesbetreuung. Die antragstellende Fraktion bittet daher darum, dass der Jugendhilfeausschuss umfassend über die zugrundeliegenden Probleme der Kita und von der Verwaltung verfolgte Lösungen informiert wird.

Die Verwaltung beruft sich bei der Erhebung der Gebühren auf § 3 Abs. 1 Satz 3 Elternbeitragsatzung (Satzung der Stadt Krefeld über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung und Förderung in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und Offenen Ganztagschulen vom 10.07.2020): „Die Beitragspflicht wird durch Schließungszeiten der Kindertageseinrichtung oder der Offenen Ganztagschule bzw. Ausfallzeiten der Tagespflegeperson nicht berührt.“ Demgegenüber regelt jedoch § 3 Abs. 1 Satz 6 Elternbeitragssatzung Ausnahmetatbestände zum Absehen von der Beitragserhebung: „Dies gilt nicht für Sonderschließungszeiten auf Grund von Betretungs-

verboten, Krisen, Pandemien etc.“ Die derzeit in der Kita vorherrschende Situation entspricht nach Auffassung der CDU-Fraktion der einer lokalen Krise.

Bei Ausfällen der Betreuung im vorliegenden Umfang müssen die Eltern sehr wohl von den Beiträgen entsprechend entlastet werden.

gez.

Britta Oellers MdL

Sprecherin im Jugendhilfeausschuss